

Postulat über die Lohn-Nullrunde 2008 für die Mitarbeite- rinnen und Mitarbeiter der Stiftung für Schwer- behinderte

eröffnet am 3. März 2008

Wir bitten den Regierungsrat zu überprüfen, weshalb die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung für Schwerbehinderte (SSBL) keine Lohnerhöhung für das Jahr 2008 erhalten haben. Wir fordern im Sinn der Gleichbehandlung gegenüber den kantonalen Angestellten und den übrigen Angestellten anderer sozialer Einrichtungen, die dem SEG unterstellt sind, die gleichen Lohnmassnahmen, so wie dies der Grosse Rat mit den Lohnmassnahmen für das Jahr 2008 beschlossen hat.

Kurz vor Weihnachten wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SSBL von der Geschäftsleitung und vom Stiftungsrat der SSBL darüber informiert, dass sie keine Lohnanpassungen für das Jahr 2008 vornehmen könnten. Sie begründeten ihren Entscheid damit, dass die Verhandlungen mit der DISG (Dienststelle für Soziales und Gesellschaft) dazu geführt hätten, dass der SSBL 3,1 Millionen Franken weniger zur Verfügung stehen würden, als das ursprünglich erstellte und eingegebene Budget 2008. Es stehen der SSBL sogar weniger Mittel zur Verfügung als die bisherigen Bundes- und Kantonsbeiträge (Basis 2007) sowie die geplanten und vom Grossen Rat beschlossenen Lohnmassnahmen per 1. Oktober 2008.

In den Überführungsbestimmungen NFA (IFEG) wurde die Besitzstandswahrung für die sozialen Einrichtungen bis ins Jahr 2010 garantiert. Wir wollen wissen, ob diese Absicht im Bezug auf die Bundesgelder eingehalten wurde. Weiter soll uns der Regierungsrat aufzeigen, wieso die SSBL weniger Kantonsbeiträge als bisher (Basis 2007) erhält.

Im Rahmen der Budgetberatung 2008 vom 5. November 2007 wurde festgehalten, dass die Umstellung im Heimwesen auf das SEG dazu geführt habe, dass die Geldmittel künftig im Voraus gesprochen werden müssten. Es bestehe diesbezüglich noch eine Unschärfe in der NFA: Eine Botschaft für einen Nachtragskredit SEG zur Finanzierung der Heime wird dem Kantonsrat noch diesen Frühling vorgelegt. Gerne möchten wir vom Regierungsrat wissen, ob dieser Sachverhalt der Unschärfe in der NFA einen Zusammenhang mit den Mittelkürzungen bei der SSBL hat.

Von dieser Lohnmassnahme sind rund 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Sie erfüllen im Auftrag des Kantons eine sehr wichtige und anspruchsvolle Aufgabe. Wir können eine Ungleichbehandlung nicht tolerieren und erwarten vom Regierungsrat eine akzeptable Lösung.

Thumm Urs

Stadelmann Eggenschwiler Lotti

Lötscher-Knüsel Trudi

Suntharalingam Lathan

Pardini Giorgio

Abgottspon Odilo

Kiener Daniela

Morf Hermann